

Mitgliederversammlung 2019 – Rede mmk

18.10.2019

„Musik machen – Haltung zeigen: Zusammenhalt.Europa.Vielfalt“

Das Motto dieser MV war auch das Motto des diesjährigen Tages der Musik. Es wurde durch das Präsidium des Deutschen Musikrates in der Überzeugung beschlossen,

dass Musik die Möglichkeit hat, Menschen, und damit die gesellschaftliche Entwicklung, zu beeinflussen;

und dass, daraus folgend, Musikerinnen und Musiker, insbesondere der Deutsche Musikrat, angesichts der gesellschaftlichen und politischen Situation in Deutschland die Verpflichtung haben, Haltung zu zeigen im Sinne der Überzeugungen und Ideale, die wir gemeinsam vertreten.

Ian Smith, der Präsident des Europäischen Musikrats, verkündete kürzlich in dessen diesjähriger Mitgliederversammlung: „Music is a driver for change.“ – Ich möchte es frei so übersetzen: Musik verfügt über die Kraft zu verändern.

Ziel unserer Mitgliederversammlung ist die Beantwortung der Frage:

Wie kann sich der DMR noch wirkungsvoller in die öffentliche Meinungsbildung einbringen?

Hierzu bedarf es als Voraussetzung einer Verständigung über die Haltung des DMR zu aktuellen kulturpolitischen und damit gesellschaftspolitischen Themen.

Die Erarbeitung unserer Handlungsgrundlage soll in dieser Mitgliederversammlung erfolgen durch eine möglichst lebendige, intensive, und, wie wir hoffen, zielführende Verständigung zwischen Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Mitglieder.

Hierfür erproben wir Formate, die schon in ihrer Begrifflichkeit eine Anmutung von kultureller Vielfalt ausstrahlen: World Cafe und Fishbowl.

Idealerweise werden morgen am Ende nicht nur die Verabschiedung eines 5. Berliner Appells stehen, dessen durch das Präsidium beschlossenen Entwurf wir Ihnen übermittelt haben, sondern auch weitere Handlungsfelder für unsere musikpolitische Arbeit.

Warum spreche ich hier zu Ihnen? Sie werden sich heute und morgen sehr grundsätzlichen Fragestellungen widmen, und dies in einer gesellschaftlich-politischen Situation, die unser Land am Scheideweg sieht. Wird es gelingen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nach den grundlegenden Veränderungen der letzten 30 Jahre neu zu beleben und zu sichern?

Die Wiedervereinigung Deutschlands markiert einen historischen Glücksfall, stellt aber gleichwohl alle seine Bürgerinnen und Bürger vor die Aufgabe, die aufgrund eines halben Jahrhunderts höchst unterschiedlicher Erfahrungen gewachsenen, stark voneinander abweichenden Lebenswelten und Befindlichkeiten gleichermaßen behutsam wie entschlossen zusammenzuführen. Und der zunächst durch das Zusammenwachsen Europas, dann durch Migration und Flucht aus Nord- und Subsahara-Afrika sowie den Mittleren Osten entstandene Zuzug von Menschen anderer Ethnien und Kulturkreise ruft tiefgreifende Ängste und Besorgnisse hervor, die nur zu überwinden sein werden, wenn es gelingt, kulturelle Vielfalt vom politisch-soziologischen Begriff zum individuell emotional unterstützten Wert zu transformieren.

Das wird allerdings nur möglich sein, wenn Politik und Gesellschaft die von unterschiedlichen Seiten bewusst vorgetragenen Angriffe auf das Wertesystem des Grundgesetzes und deren Urheber benennen und ihnen glaubhaft entgegentreten.

Die nachfolgenden Ausführungen sollen, als Ausgangspunkt Ihrer Diskussionen und Überlegungen, kurz den politischen und gesellschaftlichen Kontext sowie die Positionierung des Deutschen Musikrates angesichts der daraus erwachsenen Fragestellungen zusammenfassen.

Wenden wir uns nun unserem Motto zu:

Dem einleitenden Aufruf zum Handeln, „Musik machen – Haltung zeigen“, folgen drei Begriffe, welche sozusagen die Handlungsfelder umreißen. Dabei stellt „Zusammenhalt“ den Oberbegriff dar, der die Aspekte „Europa“ und „Vielfalt“ mit umfasst.

Wir erleben Tag für Tag, dass der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Land einer rasant fortschreitenden Erosion ausgesetzt ist. Das zunächst Unterschwellige manifestiert sich immer häufiger in konkreten Gewalttaten.

Städtenamen wie Chemnitz, Kassel und Halle werden zum Synonym für Verbrechen, die sich gegen Menschen anderer Herkunftskulturen, gegen Politiker, die Haltung zugunsten von Humanität und Toleranz zeigen, und gegen jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger richten. Sie ereignen sich auf einem Nährboden aus sprachlicher und gedanklicher Verrohung, Gewaltandrohung und –verherrlichung, sexistischer Erniedrigung und Homophobie, Hass auf das Fremde, und Schüren der Angst vor dem Verlust einer vermeintlich nationalen Identität.

Häufig genug geschieht all dies unter dem Deckmantel der künstlerischen oder publizistischen Freiheit oder, wenn wir die Parteienlandschaft betrachten, der demokratisch legitimierten freien Meinungsäußerung, die es Behörden und Gerichten erschwert oder unmöglich macht, dem wirkungsvoll Schranken zu setzen.

Dass auch Musik im dargestellten Sinn missbraucht wird, wissen Sie alle. Dieser Missbrauch erfolgt in vielfältiger Weise, teils mit großer Reichweite und beträchtlichem kommerziellen Erfolg. Wir als Musikerinnen und Musiker, als Musikpädagoginnen und –pädagogen, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, als Medienvertreterinnen und –vertreter sowie als Netzwerk und Interessengemeinschaft all derjenigen, die auf ganz unterschiedliche Weise Musik schaffen, ermöglichen, verbreiten und schützen, müssen dem entgegentreten.

Wir müssen aber darüber hinaus unsere besondere Verbundenheit mit Musik als Auftrag verstehen, der sich über ihren unmittelbaren Rahmen hinaus erstreckt. Die Satzung des Deutschen Musikrates stellt sein Handeln ausdrücklich unter die Maxime „gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.“

Die Musik ist laut Jean Paul „unter allen Künsten die rein menschlichste, die allgemeinste“. Sie setzt in den meisten ihrer Erscheinungsformen das Zusammenwirken zwischen Musizierenden voraus und ermöglicht durch die Unmittelbarkeit der emotionalen Berührung die intensive Begegnung zwischen Ausübenden und Publikum.

Musik stiftet auch Identifizierung: Jeder Staat ebenso wie einzelne Ethnien definieren sich durch Nationalhymnen bzw. vergleichbare Lieder. Den wohl außergewöhnlichsten Fall stellt die Hymne der Europäischen Union dar: Die Melodie der von Ludwig van Beethoven im Schlusschor seiner 9. Symphonie vertonten Ode an die Freude Friedrich Schillers hat

sich verselbständigt und transportiert gewissermaßen supralingual die zentrale Botschaft: „Alle Menschen werden Brüder und Schwestern“.

Nach Überzeugung des Deutschen Musikrates ist Musik, sind Musik machen und Musik erleben unverzichtbarer Teil einer ganzheitlichen Menschenbildung.

Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings auch, dass vom solchermaßen gebildeten und sensibilisierten Menschen zu erwarten ist, dass er sich im Sinne alles dessen, was man mit „Humanität“ zusammenfassen kann, verhält.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Rede zum diesjährigen Nationalfeiertag: „Freiheit ist immer Freiheit in Verantwortung“. Sie machte deutlich, dass ein Gemeinwesen, in dem die Freiheit jeder und jedes Einzelnen gegeben ist, nur dann funktionieren kann, wenn diese einzelnen diejenige Verantwortung übernehmen, die in weniger freiheitlichen oder gar totalitären Systemen die Obrigkeit wahrnimmt. Diese Freiheit des einzelnen prägt Demokratie.

Unser Grundgesetz sagt in Artikel 20: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Die Bundeskanzlerin formulierte daher folgerichtig an anderer Stelle in derselben Rede: „Wer den Staat gegen die persönliche Freiheit in Stellung bringt, handelt den Prinzipien der Demokratie zuwider.“ Dies bedeutet: Der wieder lauter werdende Ruf nach einem sogenannten „starken Staat“ würde, soweit damit ein Staat im obrigkeitlichen Sinne gemeint ist, nicht nur die Freiheit des Einzelnen, sondern unsere Demokratie als solche in Frage stellen und konterkarieren.

Dass unsere oft als zu schwach dargestellte oder empfundene Demokratie durchaus wehrhaft ist, wenn es um ihren Erhalt geht, können wir dem gleichen Art. 20 GG entnehmen: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Das können wir sicher übersetzen in eine verfassungsmäßige Verpflichtung jeder und jedes Einzelnen wie auch jeder zivilgesellschaftlichen Organisation, wie sie der Deutsche Musikrat darstellt, jedem Stadium der Gefährdung unserer verfassungsmäßigen Ordnung, mit den möglichen und angemessenen Mitteln entschlossen zu begegnen. Diese Ordnung ist, wiederum lt. Art. 20 GG, die eines „sozialen und demokratischen Bundesstaates“.

Der Deutsche Musikrat, d.h. Sie als ihn bildende Mitglieder, geht natürlich davon aus, dass es zu der im Grundgesetz angedeuteten äußersten Form des Widerstands weder kommen muss noch wird. Wir befinden uns jedoch in einem Stadium nachlassenden Respekts vor den Werten des Grundgesetzes, wobei, wie bereits angedeutet, das Spektrum der Formen der Missachtung von subversiver Manipulation zu Grenzübertretungen – einschließlich des Einsatzes von Musik als „Transportmittel“ – bis zum Mord reicht.

Es gibt auch ein Spektrum der Gefährder, welches insbesondere vom Rechtsterrorismus ausgeht, aber bis zur linksradikalen und islamistischen Szene reicht.

Lassen Sie uns an dieser Stelle einen Blick auf das Verhältnis des Deutschen Musikrates als Vertretung eines großen Bereichs der Zivilgesellschaft – wir sprechen von 14 Millionen singenden und musizierenden Menschen in unserem Land! – zum Staat richten. Grundsätzlich besteht in Deutschland eine für den gesellschaftlichen Frieden konstitutive Wechselbeziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft, welche auf einer einzigartig ausgeprägten Struktur von Verbänden beruht.

Absolut jeder Bereich unseres staatlichen Gemeinwesens verfügt über zivilgesellschaftliche, in den meisten Fällen auch zivilrechtlich definierte Organisationen, die im gleichermaßen konstruktiven wie kritischen Dialog mit der Politik stehen. Weltweit vielleicht singulär ist, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die auch öffentlich Kritik üben und Forderungen an den Staat richten, von diesem gefördert werden. Die Forderungen werden sogar benötigt, um politischen Handlungsdruck zu erzeugen und so nachfolgende politische Entscheidungen zu stützen.

So sieht sich der Deutsche Musikrat gleichermaßen als kritischer Begleiter wie als Partner der Politik auf Bundesebene. Partner ist er in besonderer Weise als Träger der weitgehend durch den Bund, ergänzend durch Länder und privatrechtliche Geldgeber finanzierten Projekte zur Förderung des Musiklebens in Deutschland.

Der Deutsche Musikrat ist dementsprechend bestrebt, einerseits auf politische Entwicklungen im Sinne der Weiterentwicklung des Musiklebens, ausdrücklich im Sinne gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, Einfluss zu nehmen. Andererseits sollen seine Projekte Musik in der Gesellschaft wirksam werden lassen.

Darüber hinaus muss er, um glaubwürdig zu sein, sich selbstkritisch daraufhin überprüfen, ob er den von ihm selbst, aber auch von Politik und Gesellschaft gestellten Anforderungen standhält und sich dementsprechend weiterentwickeln.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich unter dem Blickwinkel unseres Mottos anhand von Beispielen die Position des Deutschen Musikrates nach außen und innen nachstehend zusammenfassen:

Der Deutsche Musikrat steht zu einem vereinten Europa. Er ist der Überzeugung, dass die Bereitschaft aller den Kulturraum Europa prägenden Nationen zur Anerkennung gemeinsamen kulturellen Erbes in reicher Vielfalt angesichts der allgegenwärtigen Bestrebungen zur verstärkten Renationalisierung einen entscheidenden Aspekt bei allen politischen Bemühungen um die Festigung und Vertiefung der gewonnenen Einigung darstellen müssen. Der Deutsche Musikrat hat öffentlich klargestellt, dass er die Entscheidung der künftigen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, in keiner der künftigen Kommissarspositionen den Begriff „Kultur“ zu verwenden, für eine schwerwiegende Fehlentscheidung hält.

Ich stelle ihr ein Zitat aus einer Rede entgegen, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1987 unter dem Titel „Das Wunder der europäischen Kultur“ gehalten hat: „Schon im Begriff Kulturpolitik wird deutlich, wie elementar Kultur und Politik einander durchdringen. Kultur ist kein politikfreier Raum. Kultur ist nicht der Paradiesgarten geistiger und künstlerischer Eliten. Kultur ist Lebensweise des Menschen. Sie ist die Substanz, um die es der Politik zu gehen hat.“ Wohl zu keinem Zeitpunkt war es wichtiger, dies in der Politik der europäischen Union zu beherzigen, als zum jetzigen.

Kulturelle Vielfalt im Geist der 2005 verabschiedeten UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung kultureller Ausdrucksformen, d.h. von deren drei Säulen Schutz des kulturellen Erbes, Förderung der zeitgenössischen Kultur und hierarchiefreier Dialog der Kulturen, ist dem Deutschen Musikrat zentrales Anliegen.

Der 2. Berliner Appell von 2006 unter dem Titel „Wer das je Eigene nicht kennt, kann das je Andere nicht erkennen. 12 Thesen zum interkulturellen Dialog“ mit seiner Kernaussage „Kulturelle Identität und interkultureller Dialog bedingen einander“ ist aktueller denn je. Die Offenheit zur Aufnahme von Menschen aus anderen Kulturkreisen und zur Schaffung von Heimat durch und in der Musik hat im Übrigen eine geradezu überwältigende Zahl von Menschen und Initiativen in ganz Deutschland gerade in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen. Zahlreiche Beispiele sind auf dem Portal des Deutschen Musikinformationszentrums „Musik und Integration“, hervorgegangen aus dem 2016 geschaffenen Portal „Musik macht Heimat“, dokumentiert.

Der Deutsche Musikrat stellt sich auch als Organisation der Aufgabe, Diversität und Integration umzusetzen: Bereits 2017 hat das Präsidium beschlossen, in zwei Schritten die geschlechterparitätische Besetzung aller Bundesfachausschüsse und Beiräte umzusetzen. Dies wird 2022 erreicht sein.

Die vor wenigen Tagen veröffentlichte Shell-Studie belegt aktuell das Verlangen der jungen Menschen, bei der Gestaltung der Zukunft aktiv beteiligt zu werden. Dementsprechend muss die Einbeziehung der jungen Generation in Entscheidungsstrukturen ebenso Berücksichtigung

finden wie die verstärkte Sichtbarmachung von Diversität bei Gremienbesetzungen. Hier werden derzeit Modelle entwickelt.

Abschließend greife ich den Begriff des „Zusammenhalts“ nochmals auf.

Grundlage gesellschaftlichen Friedens ist Respekt jeder und jedes gegenüber jeder und jedem; Respekt vor der Herkunft, der individuellen Ausprägung und dem persönlichen Lebensentwurf jedes und jeder einzelnen. Er wird ergänzt durch Toleranz im Sinne der Duldung auch dessen, wovor Respekt zu haben im Einzelfall schwerfallen mag.

Zusammenhalt geht darüber hinaus: er bedeutet Zuwendung, gegenseitige Unterstützung, wo sie gebraucht wird. Die Forderung nach Zusammenhalt in einer Gesellschaft setzt die Bereitschaft zur Erfüllung genau dieses Anspruchs aus.

Zusammenhalt erwächst auch aus der Erkenntnis, gemeinsam stärker und als Ganzes mehr als die Summe seiner Teile zu sein. Dies steht in keinem Gegensatz zu einer gesunden Konkurrenz zwischen den Mitgliedern einer Gruppe und ihrem individuellen Ringen um Anerkennung von Leistung, solange diese erkennen, dass sie auch gemeinsame Anliegen haben, die sie vereinen und deren Erreichung für alle einen Mehrgewinn bedeuten.

Genau dies ist die Triebfeder unserer Verbandsstrukturen in allen Bereichen. Es ist diese Erkenntnis, welche die großen musikpädagogischen Verbände im Bundesverband Musikunterricht und die Dachverbände des Amateurmusizierens im Bundesmusikverband Chor & Orchester zusammengeführt hat. Und dies ist die Grundlage des

Deutschen Musikrates als weltweit in seiner Struktur einmaligen – ich wage hier einmal zu sagen: wunderbaren - nationalen Netzwerks der Musik: als Summe fast aller dem Musikleben angehörenden Organisationen.

Der daraus erwachsenden Verpflichtung muss er sich mit nicht nachlassender Intensität stellen: mehr zu sein als die Summe seiner Mitglieder.

Dieser Mehrwert entsteht aus der Gemeinsamkeit, mit der Sie ganz besonders in dieser Mitgliederversammlung über die Horizonte einzelner Organisationen und Interessengruppen hinweg den Blick auf die Gestaltung der Zukunft von Musik und Gesamtgesellschaft in Deutschland richten. Hierfür wünsche ich Ihnen und uns zwei intensive, ertragreiche und nachhaltige Tage.

Herzlichen Dank, dass Sie dabei sind!